Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen führte seine 27. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 07.02.2023 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal von 18:00 Uhr bis 21:05 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Daniel Roi

Mitglied

Daniel Backes

i. V. für Herrn Siegmar Herrmann

Klaus-Ari Gatter

Dr. Joachim Gülland

Uwe Müller

Detlef Pasbrig

Peter Schenk

Sachkundige Einwohner

Peter Engelhardt

Dr. Thomas Klumpp

Marius Kühne

Mathias Liesche

Markus Praczyk

Mitarbeiter der Verwaltung

Heike Krauel

Bürgermeisterin

Bernhild Neumann

Amt für kommunale Angelegenheiten/Recht

Carola Niczko

Datenschutzbeauftragte/Finanzcontrolling

Dirk-Rene Trampenau

SBL Brand-/Bevölkerungsschutz

Dirk Weber

Leiter Amt für Bau und Kommunalwirtschaft

Gäste

André Krillwitz

Ortsbürgermeister der Ortschaft Wolfen

Michael Unger

Wolfskompetenzzentrum Iden

abwesend:

Mitglied

Siegmar Herrmann

Sachkundige Einwohner

Gerd Theuerkauf

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 07.02.2023, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 22.11.2022	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Pilotprojekt Videoüberwachung öffentliche Anlagen BE: Ortsbürgermeister der Ortschaft Wolfen sowie Datenschutzbeauftragte der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 236-2022
6	Darstellung des Tätigkeitsbildes und der Zuständigkeit des Wolfskompetenzzentrums Iden BE: Herr Michael Unger, Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Wolfskompetenzzentrum Iden, Außenstelle Halle	
7	Arbeitsplan für das Jahr 2023	
8	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
9	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Roi, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 5 sachkundigen Einwohnern fest.</p> <p>Herr Theuerkauf gilt als entschuldigt. Herr Backes nimmt in Vertretung für Herrn Herrmann teil.</p> <p>Frau Krauel informiert über das plötzliche Ableben des SBL Tiefbau, Herrn Guffler.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Herr Roi regt an, den anwesenden Einwohnern ein Rede-/Fragerecht zum TOP 6 (Darstellung des Tätigkeitsbildes und der Zuständigkeit des Wolfskompetenzzentrums Iden) einzuräumen.</p> <p>Herr Engelhardt und Herr Dr. Gülland schlagen eine Änderung der Tagesordnung dahingehend vor, die Einwohnerfragestunde erst im Anschluss an vorgenannten TOP durchzuführen.</p> <p>Herr Pasbrig empfiehlt eine zeitliche Begrenzung des Rederechtes für den TOP 6 (max. 30 Minuten).</p> <p>Herr Schenk teilt mit, dass er es für besser erachtet, bei der vorgegebenen Tagesordnung zu bleiben, in der Einwohnerfragestunde lediglich allgemeine Anfragen zu klären und ein diesbezügliches Rede-/Fragerecht der anwesenden Bürger zum Thema Wolf unter TOP 6 im Anschluss an den Vortrag des Wolfskompetenzzentrums Iden mit zeitlicher Begrenzung zuzulassen.</p> <p>Herr Roi stellt die beiden Vorschlagsvarianten zur Abstimmung:</p> <p>► <u>Vorschlag 1:</u> Änderung Tagesordnung - TOP 4 (Einwohnerfragestunde) verschiebt sich hinter TOP 6 (Thema Wolf)</p> <p>Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0</p> <p>► <u>Vorschlag 2:</u> Tagesordnung bleibt wie gehabt, es wird den anwesenden Bürgern ein 30-minütiges Rede-/Fragerecht im TOP 6 eingeräumt</p> <p>Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3</p>	

	<p>Im Anschluss lässt Herr Roi die vorliegende Tagesordnung abstimmen. Er informiert darüber, dass die Mitglieder des ROVB-Ausschusses den Anwesenden unter TOP 6 nach erfolgtem Vortrag des Wolfskompetenzzentrums Iden ein zeitlich begrenztes Rederecht einräumen.</p>	<p>mehrheitlich beschlossen</p> <p>Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0</p>
zu 3	<p>Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 22.11.2022</p> <p>Herr Roi verweist auf die vorliegende Niederschrift und die immer noch ausstehende Beantwortung der Anfrage von Herrn Müller (S. 19, 2. Absatz zum Thema Beihilferecht/Bau einer öffentlichen Toilette im Tiergehege OT Stadt Bitterfeld). Herr Weber teilt diesbezüglich mit, dass eine Mitteilung seinerseits im nicht öffentlichen Teil unter TOP 10 erfolgen wird.</p> <p>Da keine Änderungen/Ergänzungen hinsichtlich der Niederschrift vom 22.11.2022 vorliegen, stellt der Ausschussvorsitzende diese zur Abstimmung.</p>	<p>einstimmig beschlossen</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 4	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Herr Roi informiert über die Regularien der Einwohnerfragestunde.</p> <p>Herr G. teilt folgenden Sachverhalt mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Praktizierung von Abriss/Umbau in der Dr.-Otto-Nuschke-Straße, • Verweis auf bestehende Gefährdungen bzw. gesundheitliche Belastungen für die hier wohnenden Bürger. bereits mehrfach schriftlich an den Eigentümer, die Wohnungsgenossenschaft Wolfen e. G., gewandt – bis dato keine Reaktion/Antwort, • zudem E-Mail an den Oberbürgermeister der Stadt Bitterfeld-Wolfen gerichtet, auch hier ohne Erfolg, • Verweis auf Gefährdungsanalyse (abgetragene Platten werden unmittelbar vor den Blöcken, Fenstern, Balkons zermahlen), • durch entstehenden Staub werden seines Erachtens nach auch teilweise toxische Stoffe freigesetzt, • Verweis auf Leistungsanalyse, • Frage: Sind diese Arbeiten zulässig, wenn ein Wohnblock noch wohnungsseitig belegt ist? • Verweis auf Schwierigkeiten bei Ausweichwohnraum, • Hinweis: Fehlen des erforderlichen Baustellenschildes sowie der Sicherheitsposten bei der Durchführung der Arbeiten, • Herr G. erörtert ein Schreiben des Landkreises ABI vom Juli 2022, • Frage: Wie sind die Bewohner der betroffenen Häuser versicherungstechnisch geschützt? • Verweis auf notwendige Untersuchungen (ODIN), die sich auf Stoffe beziehen, die erst nach Jahrzehnten gesundheitliche Schäden hinterlassen (bspw. Asbest), • Frage: Wurde diesbezüglich ein Antrag gestellt bzw. erfolgte hier eine Abstimmung mit dem Gesundheitsamt? • Anmerkung: Gebäude wird mit vorgenanntem Umbau seiner Ansicht nach abgewertet (Abnahme Überdachung aus Stahlbeton, danach Aufbau eines Holzdaches mit Bitumen), 	

- Frage: Wurde hier ein Bauänderungsantrag gestellt?
- Hinweis auf eine mögliche Brandlast sowie diesbezügliche Gefahren.

Herr Roi fasst noch einmal den Sachverhalt zusammen und merkt an, dass es Herrn G. konkret um die Sicherheit der Anwohner sowie die gesundheitlichen Belastungen durch Lärm und Staub (durch das unmittelbare Zermahlen der abgetragenen Betonplatten) geht. Der Ausschussvorsitzenden verweist in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten, die allesamt beim LK ABI liegen. Er erfragt, ob der Verwaltung diese Thematik bekannt ist bzw. ob es möglich wäre, eine Klärung durch den Landkreis ABI zu erwirken.

Herr Weber betont, dass genossenschaftliche Probleme nicht durch die Stadt Bitterfeld-Wolfen geklärt werden können. Zudem geht er ebenfalls auf die vorliegenden Zuständigkeiten (Bauordnungsbehörde, Gesundheitsamt) ein, die allesamt beim Landkreis ABI liegen. Da ihm keine Informationen zur Thematik bzw. zur eingegangenen E-Mail an den Oberbürgermeister vorliegen, regt er an, dies entsprechend noch einmal an das Stadtoberhaupt heranzutragen. Er verweist darauf, dass die Stadt gegenüber der Wohnungsgenossenschaft keinerlei Möglichkeit zur Durchsetzung einer entsprechenden Maßnahme besitzt, dies könne nur durch den Landkreis ABI bzw. eine höhere Behörde erfolgen.

Herr Roi schlägt Herrn G. vor, den Vorgang noch einmal an die Verwaltung zu übergeben. **Herr Weber** nimmt den Schriftverkehr entgegen und sagt zu, die Unterlagen zu sichten und binnen zwei Wochen dem ROVB-Ausschuss sowie dem Bürger eine entsprechende Information zukommen zu lassen.

Redaktionelle Zuarbeit Amt für Bau und Kommunalwirtschaft:

Es muss festgestellt werden, dass Herr G. sich bereits im Austausch mit der zuständigen Behörde (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) befindet. Des Weiteren ist dem Schriftverkehr von Herrn G. zu entnehmen, dass er sich bereits anwaltlich vertreten lässt und es sich damit um ein laufendes Rechtsverfahren handelt. Eine Zuständigkeit der Stadt Bitterfeld-Wolfen ist nicht gegeben. Eine Vermittlung durch die Stadt ist weder geboten noch erforderlich, da Herr G. bereits in Kontakt mit Landkreis und WGW steht.

zu 5

Pilotprojekt Videoüberwachung öffentliche Anlagen

BE: Ortsbürgermeister der Ortschaft Wolfen sowie Datenschutzbeauftragte der Stadt Bitterfeld-Wolfen

Herr A. Krillwitz erläutert die Hintergründe des vorliegenden BA. Er geht dabei auf die zunehmende Vermüllung, die vermehrten Schmierereien mit Graffiti, die regelmäßigen Fahrraddiebstähle sowie die Sprengung der Fahrkartenautomaten in der Vergangenheit ein. Zudem verweist er auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten vor Ort. Er informiert über das Ansinnen des OR Wolfen, der mit vorliegendem BA die Schnittstelle Bahnhof in einem ordentlichen äußeren Erscheinungsbild erhalten möchte. Zudem betont er, dass seiner Ansicht nach eine mehrmalige Bestreifung durch einen Sicherheitsdienst (wie im Nordpark praktiziert) im Bereich des Bahnhofes nicht ausreichend erscheint. Er regt daher eine Videoüberwachung auf dem

**Beschlussantrag
236-2022**

vorgenannten städtischen Gelände an.

Herr Roi verweist auf die drei vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung. Anschließend erläutert **Frau Niczko** die Rechtslage aus Sicht des Datenschutzes. Da eine Videoüberwachung in diesem Bereich keine Straftaten (Diebstähle, Vandalismus, Verschmutzung etc.) verhindert, regt sie an, den Zweck entsprechend neu zu konkretisieren. Zudem merkt sie an, dass die gesehene Notwendigkeit der Überwachung entsprechend begründet sein muss. Anschließend nimmt **Frau Krauel** umfangreich zur Thematik Videoüberwachung in öffentlichen Anlagen Stellung. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den Hasselbachplatz in Magdeburg (quartalsweise Überprüfung der Gegebenheiten durch die Behörde). Abschließend teilt sie mit, dass die Verwaltung das Anliegen des BA 236-2022 allseitig geprüft hat und diesbezüglich eingeschätzt werden kann, dass die Maßnahme rechtlich gesehen nicht umsetzbar ist.

Herr Schenk teilt mit, dass er im Ortschaftsrat Wolfen bereits erhebliche Bedenken geäußert hat. Er merkt an, dass die Ambitionen des Ortschaftsrates empfindungsseitig durchaus nachvollzogen werden können, gesetzliche Hürden einer Umsetzung des Vorhabens jedoch entgegenstehen. Er verweist diesbezüglich auf die aktuelle Kriminalitätsstatistik 2022 für die Stadt Bitterfeld-Wolfen, die durch die Polizei erst kürzlich im ROVB-Ausschuss vorgestellt wurde. Laut vorgenannter Auswertung ist der Bahnhof Wolfen kein Deliktschwerpunkt.

Herr A. Krillwitz betont, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen durchaus ihr Eigentum zum Schutz videoüberwachen kann. Zudem verweist er auf die vorhandene und bereits praktizierte Videoüberwachung im/am Rathaus Wolfen. **Herr Dr. Gülland** geht aus Sicht seiner Tätigkeit in der Schiedsstelle auf die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ein, bei der die Rechte der Bürger berührt werden. **Frau Niczko** merkt an, dass die im BA genannte Begrifflichkeit Pilotprojekt sowie die hier dargelegte Begründung aus datenschutzrechtlicher Sicht unzureichend erscheint.

Herr Roi möchte wissen, wie die Videoüberwachung des Rathauses Wolfen bzw. des Vorplatzes begründet wurde, da es sich aus seiner Sicht auch um einen öffentlichen Raum handelt. Zudem teilt er mit, dass auch ihm durch die Auswertung der Kriminalitätsstatistik 2022 bekannt ist, dass der Bahnhof Wolfen keinen Schwerpunkt darstellt. Jedoch weist er darauf hin, dass am Bahnhof Wolfen durchaus Straftaten stattfinden (Fahrraddiebstähle, Einbrüche in den Kiosk, Schmierereien etc.), diese jedoch aus verschiedenen Gründen nicht in die Statistik eingehen und damit auch nicht erfasst werden (oftmals werden die Delikte nicht zur Anzeige gebracht). **Frau Krauel** informiert darüber, dass der Eigentümer des Rathauses im OT Stadt Wolfen (WBG) eine Videoüberwachung des Areals mit dem Hausrecht begründet. Sie erläutert zudem den Unterschied zu den Plätzen, die öffentlich gewidmet sind. Abschließend teilt sie mit, dass durch die Stadt keine Umsetzung einer Videoüberwachung, keine Speicherung sowie Auswertung erfolgen kann.

Herr Müller erfragt, ob der BA in der vorliegenden Fassung gegen geltendes Recht verstößt. Wäre es möglich, diesen bei einer Änderung der Begründung umzusetzen? Falls ja, so bittet er den Einreicher hinsichtlich der Begründung noch einmal nachzuarbeiten. **Frau Niczko** weist darauf hin, dass der BA 236-2022 aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht gesetzeskonform ist, da hier kein begründeter, verhältnismäßiger und

	<p>zulässiger Zweck erkennbar ist.</p> <p>Herr Müller legt dar, dass er ebenso wie der OR Wolfen einen Handlungsbedarf in der Umsetzung dieses BA sieht. Herr A. Krillwitz gibt zur Kenntnis, dass er ggf., wenn dies nötig wäre, den BA auch nochmals überarbeiten würde.</p> <p>Herr Schenk teilt mit, dass es seiner Ansicht nach denkbar wäre, dass der Eigentümer des Bahnhofsgebäudes sein Eigentum unter Hinweis videoüberwachen könnte, um es entsprechend zu schützen. Er stellt die Frage, ob dies eine gangbare Möglichkeit wäre.</p> <p>Frau Kraul geht noch einmal auf die Thematik ein und teilt mit, dass vonseiten der Verwaltung keine Möglichkeit zur Umsetzung gesehen wird. Sie verweist darauf, dass bei Beschlussfassung der Oberbürgermeister in Widerspruch gehen müsste.</p> <p>Da kein weiterer Redebedarf besteht, stellt der Ausschussvorsitzende den BA zur Abstimmung.</p>	
zu 6	<p>Darstellung des Tätigkeitsbildes und der Zuständigkeit des Wolfskompetenzzentrums Iden BE: Herr Michael Unger, Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, Wolfskompetenzzentrum Iden, Außenstelle Halle</p> <p>Herr Unger informiert umfangreich über die Arbeit des Wolfskompetenzzentrums Iden bzw. über die Tierart Wolf, die aktuelle Situation im Land sowie die Möglichkeiten im Rahmen Herdenschutzes:</p> <ul style="list-style-type: none">• Gründung Wolfskompetenzzentrum im Jahr 2017,• Institution begleitet die natürliche Ansiedlung des Wolfes,• zuständige Aufgaben: Öffentlichkeitsarbeit, Herdenschutz, Monitoring sowie Nutztierrißbegutachtung• Wölfe seit dem Jahr 2000 Wölfe in Deutschland, seit 2008 auch in Sachsen-Anhalt,• Entwicklung und aktuelle Situation in Deutschland: 158 Rudel, 27 Paare und 10 Einzeltiere (belegbar durch Monitoring),• Entwicklung des Wolfes in Sachsen-Anhalt 2021/22,• äußere Merkmale sowie Lebenserwartung der Tiere, Paarungs- und Ranzzeit sowie Anzahl der zu erwartenden Welpen,• Rudel besteht aus den Eltern, den Jungtieren des Vorjahres (Jährlinge) sowie den aktuellen Welpen, Territorium eines Wolfes entspricht ca. 250 km² = 25.000 Fußballfelder,• Herdenschutz/bestehende Förderprogramme für Nutztierhalter im privaten sowie gewerblichen Bereich ein (Finanzierung Zäune, Betriebskosten, Unterhaltskosten für Hunde, Stromgeräte etc.),• aktives und passives Monitoring/erfasste Daten,• Nutztierbegutachtung bei Rissen/bisher entstandene Schäden,• Vorsichtsmaßnahmen für Hundehalter in den Wäldern (Leinenzwang). <p>Im Anschluss stellt sich Herr Unger den Fragen der Ausschussmitglieder bzw. der anwesenden Bürger.</p>	nicht empfohlen Ja 2 Nein 4 Enthaltung 1

Herr Kühne verlässt gegen 19:25 Uhr die Sitzung. Somit sind nur noch 4 sachkundige Einwohner anwesend.

Herr Schenk hinterfragt die Sicht auf eine 30 %ige Population, regt ein Vorantreiben der Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdgesetz an und begründet dies entsprechend. Zudem bezieht er sich auf die Entnahme von Hybriden und erfragt, welche Rolle diese aktuell einnehmen. **Herr Unger** teilt mit, dass er aufgrund der Entwicklungen davon ausgeht, dass in den nächsten Jahren eine Entspannung eintreten wird und der Wolf ggf. auch seinen Schutz verliert. Weiterhin geht er auf die Problematik Hybriden ein und teilt mit, dass diese entsprechend entnommen werden.

Herr Schenk nimmt Bezug auf einen möglichen Wolfsriss-Fund und erfragt hier den Werdegang. Wer ist bspw. für die Beseitigung des Kadavers zuständig? **Herr Unger** geht auf den Ablauf wie folgt ein:
→ Anruf beim Wolfskompetenzzentrum, → danach erfolgt Aufnahme/Vermessung des Tieres, → im Anschluss Beseitigung des Kadaver durch den Jagdausübungsbevollmächtigten.

Herr Roi hinterfragt die Dunkelziffer bei den Rissen und erläutert den Hintergrund seiner Anfrage (oftmals keine Meldung aufgrund hoher Bürokratie). **Herr Unger** merkt an, dass er den Unmut einiger Tierhalter durchaus versteht, da für einen Herdenschutz ein Mehraufwand vonnöten ist. Er plädiert trotz allem dafür, die vorhandenen Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen (Elektrozäun mit Untergrabungsschutz unerlässlich).

Herr Roi möchte wissen, mit welchen konkreten Maßnahmen man die Wölfe in die Wälder zurückdrängen kann. **Herr Unger** erläutert das Wesen des Wolfes, der stets den einfachsten Weg der Futtersuche vorzieht. Er weist darauf hin, dass bei vorhandenen Schutzmaßnahmen (Schutz der vorhandenen Nutztiere durch Elektrozäune etc.) die Futtersuche der Wölfe in den Siedlungen erschwert bzw. erfolglos verlaufen wird und diese Tiere sich dann automatisch wieder mehr und mehr in die Wälder zurückziehen, um dort zu jagen.

Der **Landwirt, Herr H.** meldet sich zu Wort und teilt mit, dass es seinerseits nicht verständlich ist, wenn durch den Wolf nunmehr eine andere Wildart (Muffelwild) ausgerottet wird. Er verweist auf die zahlreichen Wolfssichtungen, u. a. im OT Thalheim sowie in Roitzsch. Zudem erläutert er die Schwierigkeiten beim Bau einer notwendigen Umzäunung in der Praxis und betont, dass es nicht Aufgabe der ansässigen Landwirte sein kann, sicherzustellen, dass die geschützte Art Wolf keinen Schaden anrichtet. **Herr Unger** bietet daraufhin Herrn H. eine Herdenschutzberatung vor Ort an, um eine individuelle Lösung diesbezüglich zu finden. Er regt an, trotz Mehraufwendungen einen entsprechenden Schutz der Tiere (insbesondere der Kälber) im Rahmen der gesetzlichen Förderung in Betracht zu ziehen.

Eine **weitere Bürgerin** teilt mit, dass die vorgestellten Daten/Fakten hinsichtlich der Anzahl der gezählten Wölfe bzw. Risse sowie die Informationen hinsichtlich des Herdenschutzes ihrer Ansicht nach veraltet sind und Elektrozäune entsprechend ihrer Erfahrung nach keinen Schutz bieten. Sie verweist hier auf das Land Niedersachsen. **Herr Unger** begründet seine Statistik (gesicherte Werte), die anhand vorgefundener Losungsfunde, genetischer Analysen, Fotofallen etc. erarbeitet wurde. Er verweist noch einmal auf die Entschädigungszahlungen des Landes LSA bei

	<p>vorherig gesetzter Umzäunung.</p> <p>Herr Roi erfragt den diesbezüglichen Stand neuer Gesetzlichkeiten des EU-Parlamentes. Herr Unger informiert darüber, dass aufgrund neuer Verordnungen nunmehr die Entnahme von Problemwölfen möglich/vorgesehen ist.</p> <p>Herr Roi merkt an, dass es Wunsch des ROVB-Ausschusses war, für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt im Bitterfeld-Wolfener Amtsblatt Verhaltensregeln zum Thema Wolf zu veröffentlichen (bspw. Wie sollte man sich verhalten, wenn sich ein Jungwolf nähert? Er bittet Herrn Unger um Übergabe einer entsprechenden Zuarbeit. Dieser sichert die geforderten Informationen zu.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit Stab Öffentlichkeitsarbeit/Marketing: Der Stab Öffentlichkeitsarbeit/Marketing plant eine zeitnahe Veröffentlichung im Amtsblatt.</i></p> <p>Herr Engelhardt möchte wissen, welche Erfahrungen mit Hybriden gemacht wurden. Herr Unger teilt mit, dass es diese durchaus gibt, sie aber aufgrund ihrer Verhaltensauffälligkeiten entnommen werden.</p> <p>Herr Roi bedankt sich bei Herrn Unger im Namen des ROVB-Ausschusses für die umfassende Berichterstattung und Aufklärung.</p>	
zu 7	<p>Arbeitsplan für das Jahr 2023</p> <p>Herr Roi informiert zu den vorgesehenen Themen des Arbeitsplanes 2023 wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Auswertung der Ordnungswidrigkeiten des Jahres 2022,• Auswertung Winterdienstsaison 2022/2023 (Winterdienstsaison endet zum 31.03.2023),• Auswertung der Bürgeranliegen (Bürgermelder) des Jahres 2022,• Berichterstattung Situation Tierheim Bitterfeld,• Fahrradkonzept/Vorstellung der geplanten Radwegmaßnahmen 2023,• Auswertung Kriminalitäts- und Unfallstatistik 2022,• Berichterstattung der Schiedsstellen,• Berichterstattung zur Winterdienstsaison 2023/2024,• Stand der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes,• Berichterstattung Stadtjäger, <p>Zudem möchte er wissen, ob das Tierheim Bitterfeld sich hinsichtlich der gestiegenen Energiekosten etc. bereits an die Verwaltung gewandt hat, um abzuwägen, ob eine Berichterstattung zur Situation dieser Einrichtung bereits am 21.03.2023 erfolgen soll. Er bittet um Rückinfo durch das entsprechende Fachamt.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt: Das Tierheim hat einen Antrag auf Erhöhung der Pauschale auf 150.000 € gestellt. Dazu waren noch Zuarbeiten seitens des Tierheimes notwendig. Ein persönliches Gespräch fand am 23.01.2023 zwischen dem Tierheim und</i></p>	

dem SB allgemeine Ordnung statt. Darin wurde sich geeinigt, dass die Kostenrichtsätze, welche Anlage des bestehenden Vertrages sind, angepasst werden müssen. Die alten Richtsätze sind aus dem Jahr 2014/2015 und aufgrund ständig steigender Kosten überholt.

Die angepassten Kostenrichtsätze hat das Tierheim nun am 16.02.2023 eingereicht. Auf Grundlage dieser wird jetzt eine Berechnung der Kosten der Jahre 2021/2022 (entsprechend der eingereichten Abrechnungen des Tierheimes dieser Jahre) erstellt. Daraus ergibt sich ein Durchschnittswert, welcher evtl. den Antrag auf Erhöhung unterstreicht.

Sollte dies so sein, wird die im Vertrag festgeschriebene Pauschale erhöht und entsprechend mit Beschlussvorlage eingereicht.

Unter Beachtung der angebrachten Punkte wäre es wünschenswert, wenn der TOP „Erhöhung der Pauschale – Vertragsänderung“ – vorzugsweise erst im Mai zu behandelt wird. Eine Berichterstattung des Tierheimes kann gern auch in dem nächsten ROVB erfolgen.

Herr Roi nimmt Bezug auf den Zeitplan zur Thematik Feuerwehrsatzung/ Zusammenschluss Wasserwehr/Anpassung Aufwandsentschädigungssatzung und bittet den Sachbereich Brand-/Bevölkerungsschutz darum, den ROVB-Ausschuss am 21.03.2023 über den aktuellen Stand zu informieren. Herr Trampenau sagt dies zu.

Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt:

Den Stand der Satzung wird Herr Trampenau zum ROVB-Ausschuss 21.03.2023 erläutern.

Herr Pasbrig empfiehlt, den nachfolgenden Punkt in den Arbeitsplan 2023 aufzunehmen:

- Auswertung der Vandalismusschäden (bspw. in der Grünen Lunge, im Nordpark etc.) im Rahmen der Auswertung der Ordnungswidrigkeiten, diesbezügliche Diskussion der Lösungsvorschläge der Verwaltung, Vermüllung im Stadtgebiet (mehr Bestreifungen etc.).

Herr Roi sagt dies zu.

Herr Dr. Gülland regt die Behandlung folgender Themen an:

- Sanierung des Innenstadtringes (aktueller Stand der Umsetzung) sowie
- Parkplatzinformationssystem.

Herr Roi bestätigt die Aufnahme der angesprochenen Punkte. Er bittet des Weiteren das Fachamt darum, den ROVB-Ausschuss noch vor der Sommerpause über den

- aktuellen Stand Neubau Feuerwehr Bitterfeld

zu informieren. Zudem regt er an, auch einmal das Thema

- Öffentlicher Personennahverkehr/Veränderung/Wegfall von Linien

im ROVB-Ausschuss zu behandeln und begründet dies entsprechend. Er schlägt vor, bei diesem Thema Vertreter des ÖPNV einzuladen, die das neu angedachte vorstellen (u. a. mit der Wiederbelebung des Rufbusses). In diesem Zusammenhang wäre es möglich im Rahmen einer anschließenden Diskussion mögliche Verbesserungen aufzuzeigen. **Frau Krauel** informiert darüber, dass in der Vergangenheit durch Senioren auf eine fehlende Busverbindung zum Kulturhaus hingewiesen wurde. Daraufhin erfolgten interne Recherchen durch die Verwaltung. Die Bürgermeisterin sagt zu, diese dem ROVB-Ausschuss zur Verfügung zu stellen und verweist zudem auf die Zuständigkeit der Thematik, die beim Landkreis ABI liegt.

Redaktionelle Zuarbeit der Bürgermeisterin:

Der Hinweis aus dem Seniorenbeirat, dass am Abend und am Wochenende keine Busse vor dem Kulturhaus halten, wurde zum Anlass genommen, dem Hinweis nachzugehen und die Fahrpläne des ÖPNV (siehe Anlagen) anzusehen. Dabei hat sich bestätigt, dass die Linie 407, die direkt am KH hält, tatsächlich nur bis zum frühen Abend und am Wochenende gar nicht fährt. Allerdings halten auch die Linien 405 (Kino Wolfen), 406 (Oppenheimstr.) und 408 (Kino Wolfen) unweit vom KH und können wahrscheinlich auch von den meisten Senioren erreicht werden. Bis zum Kino sind es lt. Google ca. 400 m bzw. 5 min. zu Fuß, bei eingeschränkter Mobilität sicher etwas länger. Diese Linien fahren bis nach 22:00 Uhr, auch am Wochenende.

Bei Nachfragen im Kulturhaus wird künftig auf diese Alternativen hingewiesen. Aktuell wird geprüft, ob die entsprechenden Fahrpläne auf der Homepage des Kulturhauses eingestellt werden können. (siehe zudem auch die Anlagen 1 – 5 der Niederschrift)

Herr Pasbrig spricht sich ebenfalls für den Vorschlag von Herrn Roi (ÖPNV) aus und merkt in Bezug auf den deutschlandweiten Ausbau des Verkehrsnetzes bzw. das 49-Euro-Ticket an, dass in diesem Zusammenhang eine Klärung erfolgen sollte, wie die Kommunen in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden können, auch durch den Landkreis ABI. Zudem erinnert er an die noch ausstehende Auswertung der neuen Buslinien/Testhaltestellen im ROVB-Ausschuss.

Redaktionelle Zuarbeit SB Stadtplanung/GIS:

Prioritär für einen barrierefreien Ausbau von Haltestellen sind aus Sicht des SB Stadtplanung / GIS insbesondere die neu dazu gekommenen Haltestellen der geänderten Linie 406, die derzeit erst provisorisch hergestellt wurden. Hierbei wird in Abstimmung mit dem Bauamt und dem Landkreis als Aufgabenträger des ÖPNV eine Arbeitsliste erstellt. Derzeit wird von einem Ausbau von etwa 10 Standorten ausgegangen.

In Abstimmung mit dem Landkreis wurde festgelegt, dass noch eine weitere Auswertung von Fahrgasterhebungen notwendig ist, bevor die Haltestellen dauerhaft barrierefrei ausgebaut werden. Weiterhin wird auch noch eine geringfügige Änderung der Streckenführung Linie 406 zwecks Anbindung Kulturhaus und Kita „Campus Kids“ geprüft, was Auswirkungen auf Haltestellenstandorte haben könnte.

Herr Schenk merkt an, dass entsprechend einer Entscheidung des Stadtrates im Rahmen der Haushaltsdiskussion nunmehr seit Jahren kein finanzieller

Zuschuss mehr an den ÖPNV gezahlt wird. Er stellt fest, dass man sich damit eine kommunale Einflussmöglichkeit genommen hat und nunmehr in dieser Thematik kein Mitspracherecht mehr hat. **Herr Roi** betont, dass der ROVB-Ausschuss trotz allem eine entsprechende Position hierzu einnehmen sollte. Er regt daher an, zunächst einmal die vorhandenen Defizite festzustellen/zu diskutieren und im Anschluss den Standpunkt/die Anregungen des Ausschusses an die zuständige Behörde bzw. den Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs zu übermitteln.

Herr Schenk hinsichtlich des Arbeitsplanes 2023 nachfolgenden TOP vor:

- Auswertung des Winterdienstes 2022/2023 sowie Erfassung der Frostschäden an städtischen Straßen (Ermittlung finanzieller Bedarf)
Klärung: Welche Straßen sollten zuerst saniert werden bzw. wann?
Aus welchem Budget sollen die benötigten finanziellen Mittel genommen werden?
Gibt es vermehrt Frostschäden an städtischen Straßen?
Reicht das Budget aus, um diese Schäden (bspw. durch den Eigenbetrieb Stadthof) zu beseitigen oder müssten hier Schwerpunkten festgelegt werden?
Diese Problematik sollte im Rahmen der Auswertung des Winterdienstes 2022/2023 Behandlung finden.

Herr Roi nimmt die Thematik in den Arbeitsplan auf. Dieser wird allen Ausschussmitgliedern/sachkundigen Einwohnern zur Kenntnis gereicht (siehe Anlage 6 der Niederschrift).

zu 8

Mitteilungen, Berichte, Anfragen

Herr Schenk weist darauf hin, dass der Gebietsänderungsvertrag der Gemeinde Bobbau eine eigenständige freiwillige Feuerwehr zugestanden hat und aufgrund dessen gerade im Hinblick auf die anstehende Überarbeitung der Risikoanalyse und des Bedarfsschutzplanes diesbezüglich keine Diskussion erfolgen sollte.

Herr Engelhard erfragt, ob es notwendig ist, dass bei jedem Einsatz der Thalheimer Feuerwehr trotz vorhandener Funkempfänger die Sirenen zusätzlich zum Einsatz kommen. Herr Trampenau bestätigt den Einsatz der Sirenen im gesamten Stadtgebiet und erläutert die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Alarmierungseinrichtung. Er verweist auf die besondere Bedeutung dieser Schutzeinrichtung und merkt an, dass sich der abgegebene Sirenenton durchaus im Bereich der zulässigen Werte befindet. Da nicht in jedem Falle sichergestellt werden kann, dass die Handy-App sowie die Funkempfänger in Gänze funktionieren, regt er an, die Sirenen zusätzlich zu betreiben, um ein schnelles Ausrücken der Wehren sicherstellen zu können. Er informiert zudem zu den geplanten Änderungen hinsichtlich der Reichweite der Beschallung. Des Weiteren verweist er auf das vorangegangene Votum der OW Thalheim zum Schalten der Sirenen als zusätzliche Schutzeinrichtungen. Sollte dies nicht mehr gewünscht sein, so bittet er um eine entsprechende Information.

Herr Liesche teilt diesbezüglich mit, dass aus Sicht der OW Greppin das zusätzliche Betreiben der Sirenen befürwortet wird, da diese neben der

	<p>Bevölkerungswarnung auch der Alarmierung der Einsatzkräfte (Einhaltung der Hilfsfristen) dient. Herr Roi informiert über die diesbezügliche Diskussion im OR Thalheim, bei der auch der Ortswehrleiter anwesend war. Er teilt mit, dass er sich, ebenso wie die Ortswehr Thalheim, seinem Vorredner anschließt und plädiert ebenfalls für diese zusätzliche Schutzeinrichtung, da die Handy-Alarmierung sehr stör anfällig ist. Herr Trampenau begründet dies mit der vorhandenen Technik der Leitstelle des Landkreises ABI und merkt an, dass durch diese eingehende Daten zeitverzögert weitergeleitet werden.</p>	
zu 9	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:40 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.</p>	

gez. Daniel Roi
Ausschussvorsitzender

gez. Peggy Ulrich
Protokollantin